

Stadt und Diversität

Städte sind oft Vorreiter bei aktuellen demografischen Entwicklungen, die tief greifende gesellschaftliche Veränderungen mit sich bringen und etablierte Auffassungen und Sichtweisen auf den Prüfstand stellen. Gleichzeitig hängt die öffentliche Wahrnehmung und Debatte selbst in den Städten häufig den Entwicklungen hinterher – und das ist auch bei diesen migrationsbedingten Veränderungen der Fall:

1. Auch in der Bundesrepublik Deutschland sind immer mehr Städte dabei, *Majority-Minority-Cities* zu werden, also Städte, in denen die „klassisch“ verstandene „deutsche Mehrheitsgesellschaft“ gar keine Mehrheit mehr ist. Als erste größere Großstadt hat Frankfurt am Main im Jahr 2016 die 50 %-Grenze überschritten, dicht gefolgt von Nürnberg, Augsburg, Stuttgart und München, wo die Anteile der Wohnbevölkerung mit internationaler familiärer Migrationserfahrung jeweils weit über 40 % liegen.¹ Diese demografische Entwicklung ist interessanterweise nicht etwa in den Städten besonders ausgeprägt, die regelmäßig zur Illustration von vorgeblichen „Parallelgesellschaften“ und „gescheitertem Multikulturalismus“ herangezogen werden, sondern umgekehrt gerade in wirtschaftlich seit Jahren besonders dynamischen und prosperierenden Regionen. An die Stelle der bisherigen tritt keine neue „ethnisch“ oder gar religiös definierbare Mehrheit. Vielmehr besteht die urbane Wohnbevölkerung tatsächlich „mehrheitlich“ aus „Minderheiten“. Außerdem nehmen multiethnische Familienkonstellationen zu, aber auch die soziale Ausdifferenzierung innerhalb der Herkunftsgruppen. Eine Folge dieser Differenzierungsprozesse ist, dass ethno-nationale Bezeichnungen und Kategorien zunehmend an Aussagekraft verlieren.
2. Diese Entwicklung in Richtung einer „postmigrantischen Superdiversität“ resultiert nur in geringem Maße aus Neuzuwanderung. Sie basiert auf Einwanderungsbewegungen, die schon vor Jahrzehnten stattgefunden haben – von den Vertriebenen und Aussiedlern bzw. Spätaussiedlern über die sogenannten „Gastarbeiter“ bis hin zu Kriegsflüchtlingen der 1990er Jahre aus Afghanistan und dem ehemaligen Jugoslawien. Das bedeutet zum einen, dass die demografische Diversifizierung in der Alterspyramide von unten hoch wächst: In allen westdeutschen Städten kommt heute über die Hälfte der Kinder und Jugendlichen aus Einwandererfamilien, bei den unter 6-Jährigen gehen die Zahlen sogar in Richtung Dreiviertel. Es bedeutet zum anderen, dass die weit überwiegende Mehrheit der Kinder und Jugendlichen „mit Migrationshintergrund“ bereits in Deutschland geboren und aufgewachsen und damit einheimisch ist.
3. Ein weiterer Effekt der die Nachkriegsgeschichte Deutschlands prägenden Migrationsbewegungen ist: In allen Städten gibt es heute eine zahlenmäßig bedeutsame erwachsene „zweite Generation“, die starke und insbesondere *lokale* Zugehörigkeitsge-

¹ Spitzenreiter unter den Städten in Deutschland ist die Stadt Offenbach. Über 60 % ihrer Einwohner sind entweder selbst im Ausland geboren und zugewandert oder sind in Deutschland geborene Kinder von aus dem Ausland zugewanderten Eltern (Stand Ende 2016). Auf Offenbach folgen Sindelfingen mit gut 52 % und Heilbronn mit knapp 52 %. Diese Zahlen basieren auf direkten Auskünften der Kommunalen Statistikstellen und des Bundesamts für Statistik sowie eigenen Recherchen in Statistischen Berichten und im Internet.

fühle mit „soziokultureller Loyalität“ zur Herkunft der Eltern zu kombinieren versteht. Dies ist in verschiedener Hinsicht wichtig: Zum Beispiel betrifft dies den Generationenwechsel in sogenannten „Migrantenselbstorganisationen“, also in migrantischen Vereinen und religiösen Vereinigungen. Berufliche Erfolge und der damit einhergehende familiäre soziale Aufstieg sorgen dafür, dass – entgegen den Erwartungen der Stadtforschung – auch bei ausgeprägten Gentrifizierungsprozessen der Anteil der Bevölkerung „mit Migrationshintergrund“ häufig *nicht* sinkt. In diesen neuen Mittelschichts-Quartieren stellen die zweite und dritte Einwanderergeneration einen wichtigen Teil der Gewerbetreibenden, Freiberufler, Unternehmer und der Kulturschaffenden dar. Dennoch sind Angehörige der zweiten Generation in Gremien und Verbänden ebenso wie in Politik und Medien noch immer deutlich unterrepräsentiert – und zwar personell ebenso wie thematisch.

Die Nichtwahrnehmung dieser Entwicklungen, die sich tief in die gewachsenen Strukturen der Städte einschreiben, ist in mehrfacher Hinsicht problematisch. Erstens werden Städte in Deutschland noch immer zu wenig als Orte fortlaufender dynamischer Veränderung betrachtet, zu der Zu- und Abwanderungen aller Art einen wesentlichen Beitrag leisten. Diese Dynamik aber ist für Städte *konstitutiv*: Sie haben nicht zuletzt ihre heutige Größe und Gestalt nur durch Zuwanderung erreichen können. Stadtgeschichte ist also zugleich Migrationsgeschichte. Die entsprechenden Wissensbestände dazu sind aber in der Geschichts- und Erinnerungskultur der Städte noch kaum vorhanden, geschweige denn verankert.

Ein weiteres Problem ist, dass die deutschen Städte – trotz der zu erwartenden anhaltenden Neuzuwanderung – in aller Regel nicht über eine angemessene Infrastruktur für aus dem Ausland Zugezogene verfügen. Praktisch überhaupt keine positive Aufmerksamkeit erhält in diesem Zusammenhang die informelle Infrastruktur des „Ankommens“, die zum Beispiel migrantische Communities für Neuankömmlinge bereitstellen.

Drittens wird die Kategorie „Migrationshintergrund“ auch weiterhin als ein zentrales Unterscheidungsmerkmal verwendet, wodurch einem stark wachsenden Anteil der nicht selbst zugewanderten Stadtbevölkerung eine ungeteilte Zugehörigkeit diskursiv und symbolisch nicht zugestanden wird.² Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Kategorie „Migrationshintergrund“ noch immer als Chiffre für „soziale Probleme“ dient – von räumlich-sozialer Segregation bis zur minderen Qualität von Schulen und der Kriminalität in sozial benachteiligten Quartieren. Dies hat auch den Effekt, dass das große Potenzial der Vermittlung und Brückenbildung der sozial aufgestiegenen zweiten Generation zu wenig genutzt wird. Das gilt für die Beziehungen zwischen der bisherigen Mehrheitsgesellschaft und den verschiedenen Einwanderer-Communities ebenso wie für die zwischen der Stadtgesellschaft (in all ihrer Vielfalt) und den Neuankommenden.

Viertens wird im politischen und medialen Mainstream – trotz der zunehmend auch in Mittelschichtsvierteln sichtbar werdenden Diversifizierung – noch bei weitem nicht deutlich genug kommuniziert, dass die „Migrationsgesellschaft“ keineswegs nur „die Migranten“ (und ihre Nachkommen) betrifft. Unter den skizzierten demografischen Voraussetzungen erfor-

² Städte haben da sehr viel mehr Möglichkeiten der Differenzierung als etwa der Nationalstaat und vielerorts ist das „Lob der Vielfalt“ auch bereits zum festen Bestandteil des Citymarketings geworden. Dass multiethnische Stadtteile heute teilweise stolz beworbene Touristenattraktionen geworden sind, basiert vielfach auf einer eher klischeehaft ethnisierenden Darstellung (z. B. im Falle von Berlin-Kreuzberg als „Klein-Istanbul“ oder „die größte türkische Stadt außerhalb der Türkei“) und führt natürlich keineswegs dazu, dass sich ihre Bewohnerinnen und Bewohner deshalb stärker der Stadtgesellschaft als ganzer zugehörig fühlen (können) – eher im Gegenteil.

den Fragen des Miteinanders und der Schaffung oder Erhaltung sozialer Kohäsion in lokalen Gemeinschaften neue Antworten, die sich nicht an das politisch und gesellschaftlich kaum konsensfähige Konzept einer „Leitkultur“ klammern, sondern die demokratischen und zivilgesellschaftlichen Errungenschaften der Nachkriegsgeschichte in den Mittelpunkt stellen.

Überfällig ist folglich nicht zuletzt die Entwicklung eines neuen Sprachgebrauchs und einer sozialen Alltagspraxis, die nicht immer zuerst auf die ethnische Zugehörigkeit und die vorgebliche „Andersheit“ schaut. Vorangehen sollten und könnten dabei die Kulturproduktion, die Medien und die Politik. Auch hier haben Städte das Potenzial, gesellschaftliche Vorreiter zu sein.